

II-107% der Beifagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 53141J

1993-07-15

**ANFRAGE**

des Abgeordneten Wabl, Freunde und Freundinnen

an den Bundesminister für Inneres

betreffend Polizeieinsatz im Ennstal aufgrund der Besetzung des Baustellenbereiches

Die Sicherheitsbeamten waren im Rahmen der Räumungsaktion im Baustellenbereich im Ennstal längere Zeit in der nächstgelegenen Kaserne des österreichischen Bundesheeres (Aigen im Ennstal) untergebracht.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

**ANFRAGE:**

1. Wie lange und wieviele Sicherheitsbeamte waren in der Bundesheerkaserne untergebracht?
2. Wer ordnete die Unterbringung in der Bundesheerkaserne an?
3.
  - a) Gibt es diesbezüglich eine schriftliche Vereinbarung mit dem Bundesminister für Verteidigung?
  - b) Wenn nein, auf welcher rechtlichen Grundlage erfolgte die Nutzung der Infrastruktur des Bundesheeres durch die Sicherheitsbeamten?
  - c) Wenn ja, wie lautete die Vereinbarung?

4. a) Wurde vom Bundesministerium für Inneres an das Bundesministerium für Verteidigung für die Nutzung der Infrastruktur der Kaserne ein Kostenersatz gewährt?  
b) Wenn ja, wie hoch ist der Betrag, der für die Nutzung der Kaserne an das Bundesministerium für Verteidigung bezahlt wurde bzw. wird?
5. a) Wurden in der Bundesheerkaserne auch Bürger/innen, die festgenommen wurden, festgehalten?  
b) Wenn ja, auf welcher rechtlichen Basis erfolgte die Anhaltung der Festgenommenen in einer Bundesheerkaserne und in welchen Räumen wurden sie dort festgehalten?
6. Was werden Sie unternehmen, um die dadurch entstandene schiefen Optik, daß das Bundesheer zur Unterstützung der Sicherheitsbeamten beim Vorgehen gegen Straßenbaugegner herangezogen wird, wieder beseitigt wird?